

Ökonomie und Demokratie – Wer trägt die Kosten der Krise?

Analysen – Perspektiven – Alternativen

Podiumsdiskussion 19. Juni 2012, 19.00 Uhr, Großer Saal der AK-Tirol

Seit einigen Jahren erleben wir einen massiven Umbruch von Arbeit und Gesellschaft, der mit Stichworten wie Globalisierung, Prekarisierung und mit wachsender sozialer Ungleichheit, Armut, Individualisierung und Entsolidarisierung umschrieben wird. Steigende Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gehen nicht nur mit einer Entsicherung in Bezug auf die Existenzsicherung einher, sie bringen auch die Stabilität sozialer Beziehungen in Gefahr. Mit einer brüchiger werdenden sozialen Integration und zunehmender Entsolidarisierung, erhöht sich aber auch die Verwundbarkeit der Menschen in kapitalistischen Gesellschaften.

Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008/09 und dem aktuellen Umgang mit der Schulden- bzw. Bankenkrise auf nationaler als auch auf europäischer Ebene steht zu befürchten, dass diesen Tendenzen wenig entgegengesetzt wird. Im Gegenteil: Die nun in ganz Europa geschnürten Sparpakete setzen wieder auf altbewährte, wenn auch wenig erfolgreiche, Konzepte. Gespart wird einmal mehr überwiegend ausgabenseitig, bei sozial Schwachen und dort, wo wenig Gegenwehr zu erwarten ist: bei PensionistInnen, Arbeitsmarktmaßnahmen und im Gesundheitsbereich, etc.; Vermögens- sowie Erbschaft- und Schenkungssteuern wurde in Österreich nicht durchgesetzt. Keynesianische Strategien gegen die Krise kommen – obwohl sie von einer Reihe von anerkannten ÖkonomInnen als Ausweg aus der Krise immer lauter eingefordert werden – kaum zum Tragen.

Im Zusammenhang mit den ökonomischen Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte wird schon längst von einer Erosion demokratischer Grundlagen gesprochen (z.B. Joachim Hirsch 1995/1998). Andere diagnostizieren eine „Re-Feudalisierung der Ökonomie“ (Sieghard Neckel 2010), einen Verlust der Werte der bürgerlichen Gesellschaft (siehe auch das journalistische Feuilleton: z.B. Frank Schirrmacher), die durch eine „Ökonomie der günstigen Gelegenheit“ ersetzt werden. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf das politische System und die politischen Eliten. Collin Crouch weist in seinem Buch „Postdemokratie“ bereits Anfang der 2000er Jahre auf Tendenzen hin, die demokratische Systeme gefährden. Neben der Reduktion von Demokratie auf technokratische Verfahrensweisen (Wahlgänge), einer zunehmend PR-mäßigen Inszenierung von Politik, hinter der reale Politik zum Verschwinden gebracht wird und

einem steigenden Einfluss privilegierter Eliten (v.a. Wirtschaftseliten) nennt er eine zunehmende Abgehobenheit der politischen Eliten und Korruption, die Zynismus und Amoral politischer Vertreter anzeigen.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion zu der Vortragsreihe „*Unternehmerisch und erschöpft? Anforderungen und Auswirkungen von Arbeit und Lebensgestaltung*“, soll versucht werden einen großen Bogen zu spannen von ökonomischen Entwicklungen, deren Auswirkungen auf die Menschen, die Gesellschaft und den Zustand der demokratischen Systeme. Neben einer Analyse gegenwärtiger Entwicklungen soll es aber auch um Alternativen zum neoliberalen Politikverständnis gehen.